

Rot-Grüne Schulpolitik gefährdet den Standort

»Und ihr war kaum das Wort entfah- ren, möcht` sie`s im Busen schnell be- wahren...«. An diese Verse aus Schillers Ballade ›Die Kraniche des Ibykus‹ mag die Fraktionsvorsitzende von B90/Grüne, Anja Piel, im Niedersächsischen Landtag gedacht haben, als sie begriff, welche Em- pörung ihre entlarvenden Sprüche von den Gymnasien als einem Ort, »wo sich Unternehmerkinder zusammenrotten« und »Eltern mit hohem Einkommen ihre Kinder hinschicken, um sie von Schmut- delkindern fernzuhalten«, in der Öffent- lichkeit auslösten.

Mit dieser ebenso realitätsfernen wie feindseligen Äußerung hatte sie ein we- nig den Vorhang beiseite gezogen, hinter dem links orientierte Bildungspolitiker heutzutage ihre Ziele vor der Öffent- lichkeit zu verbergen suchen: die Beseitigung eines vielfältigen Schulangebotes, vor allem des „elitären“ Gymnasiums, an des- sen Stelle „eine Schule für alle“ treten soll.

Früher hat man dieses Endziel ganz of- fen propagiert und sich dabei mehr als einmal eine blutige Nase geholt. Alle Um- fragen zeigen, dass das die Einheitsschule nicht mehrheitsfähig ist. Deswegen wird dieses Ziel jetzt eingeebelt. Das zeigt sich gegenwärtig wieder ganz klar bei der Verabschiedung des neuen rot-grünen Schulgesetzes in Niedersachsen. Keines- falls wolle man die Axt an die Wurzel eines pluralen Schulwesens legen, ver- sicherten die Politiker der Regierungskoalition. Aber es wurde gesetzlich festgelegt, dass die Gesamtschule künftig alle an- deren Schulformen in einer Region ersetzen kann, und die Förderschule für lernbehin- derte Kinder ist trotz zehntausendfacher Elternproteste abgeschafft worden.

Was ist das Movens, das linke Bildungs- politiker so verbissen am Ziel der Ein- heitsschule festhalten lässt? Die bessere Leistungsfähigkeit kann es auf keinen Fall sein. Denn alle Leistungsvergleiche und ernstzunehmenden wissenschaftlichen Untersuchungen haben ergeben, dass das gemeinsame Lernen von nach Ihrer Lei- stungsfähigkeit, Lernbereitschaft und Inter- essen völlig unterschiedlichen Schülern deutlich ineffektiver ist als das Lernen in nur begrenzt heterogenen Gruppen.

Das ist eigentlich mit einem gesunden Menschenverstand schon einsehbar: We- der lernen in Volkshochschulen Personen



Horst Audritz
Vorsitzender des Philologenverbandes
Niedersachsen

mit ganz unterschiedlichen Kenntnissen zum Beispiel eine Fremdsprache zusam- men in einem Kurs noch üben im einem Orchester erstklassige Musiker mit Anfängern zusammen noch trainieren Bundesligaspieler mit Kreisklassenspielern zwecks allgemeiner Leistungssteigerung gemeinsam. Nur in der Schule soll das der Stein der Weisen sein! Ist es natürlich nicht, wie sich etwa bei den Pisa-Lei- stungsvergleichen gezeigt hat, wo die Ge- samtschulen im Durchschnitt schlechter abschnitten als die Realschulen – von den Gymnasien ganz zu schweigen.

Linke Schulpolitiker wissen das auch: »Es ist ohne Test vorherzusagen, dass Länder mit selektiven Schulsystemen bes- sere Schülerleistungen in allen Schulfor- men haben werden«, schrieb die AG für Bildung in der SPD an die SPD-Kultusmi- nister anlässlich des Starts von Pisa. Und genauso kam es auch: Die leistungsorien- tierten Länder ohne bedeutende Gesamt- schulanteile, Bayern, Sachsen und Baden- Württemberg, lagen bei allen bisherigen Pisa-Tests an der Spitze, Bundesländer mit jahrzehntelanger links geprägter Schulpolitik wie Bremen und NRW blie- ben um Längen abgeschlagen.

Es ist nur logisch, dass gerade eifrige Propagandisten der Einheitsschule ihre Kinder meistens auf Gymnasien oder gar Privatschulen schicken, wie etwa die

Zeitung ›Welt‹ im Jahre 2010 am Beispiel führender NRW-Politiker nachwies. Vor diesem Hintergrund spielt der Leistungs- vergleich im Argumentationsmuster lin- ker Bildungspolitik seit Längerem keine Rolle mehr. Der Begriff ›Leistung‹ taucht in programmatischen Äußerungen von SPD und Grünen entweder überhaupt nicht oder nur in negativ besetzten Kom- posita wie etwa ›Leistungsdruck‹ auf. Stattdessen wird jetzt die Schaffung von Chancengleichheit zum Generalziel aller Schulpolitik erklärt, um die es angeblich in Deutschland besonders schlecht ste- hen soll.

Von großer Chancenungleichheit in Deutschland zu reden, ist allerdings Un- sinn. So gibt es nicht die etwa für die USA, Großbritannien und Frankreich typische Zweiteilung in ein leistungsschwaches öffentliches und ein teures gutes Privat- schulsystem. Hohe Studiengebühren wie in den USA gibt es auch nicht. Die These, am Ende der vierten Klasse würden mit dem Besuch verschiedener Schulformen quasi die Weichen fürs Leben gestellt, kann angesichts der vielen Korrektur- möglichkeiten nicht aufrechterhalten werden. Im Übrigen haben Untersuchen- gen längst erwiesen, dass die Gesamt- schule nicht mehr Bildungsgerechtigkeit herstellen kann.

Chancengleichheit bedeutet für linke Politiker auch nicht Startchancen-, son- dern Zielchancengleichheit. Alle sollen am Ende möglichst gleich sein. Also wird das pädagogische Leistungsprinzip, das da lautet: fördern und fordern, ausgehe- belt. Denn es würde ja Unterschiede und damit Ungleichheit sichtbar machen.

So will man Zensuren (zumindest die schlechten) und das „Sitzenbleiben“ ab- schaffen, man reduziert schriftliche Arbei- ten auf ein Minimum und Schullaufbahn- empfehlungen für die weiterführenden Schulen nach der vierten Klasse fallen auch weg. Wenn die Hürden so lange ge- senkt werden, bis jeder drüber kommt, wenn (fast) jeder das Abitur bekommt, dann ist das Endziel dieser Bildungspoli- tik erreicht.

Diese Bildungspolitik ist zukunftsfeind- lich: Sie will „eine Schule für alle“ durch- setzen, sie senkt das Leistungsniveau, sie verlangt von den Schülern nur noch eingeschränkt Anstrengungsbereitschaft und Selbstverantwor- tung und sie unterminiert durch die einseitige Fixie- rung auf das Abitur das erfolgreiche duale System.

